



Die Bürgernähe der EU stärken: Plädoyer für einen ständigen EU-Mechanismus für strukturierte Bürgerkonsultationen und -dialoge

Vorschlag von Karl-Heinz Lambertz und Luca Jahier

Präsidenten des Europäischen Ausschusses der Regionen und des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

14. Dezember 2018

Für einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den Unionsbürgern und -bürgerinnen

Die Europäische Union ist eine einzigartige politische Struktur, in deren Rahmen die verschiedenen Regierungs- und Verwaltungsebenen zur Verwirklichung des gemeinsamen Ziels des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts für die Bürgerinnen und Bürger beitragen. Gemeinsame Aufgabe der gewählten Mandatsträger der Städte, Regionen und Mitgliedstaaten sowie der Spitzen der EU-Institutionen und der zivilgesellschaftlichen Organisationen ist es, das Projekt Europa voranzubringen, es transparenter zu machen und seine demokratische Rechenschaftspflicht im Sinne von Artikel 11 des Vertrags über die Europäische Union zu stärken, weshalb die Institutionen aufgefordert sind, einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den Unionsbürgerinnen und -bürgern, ihren Vertretungsorganisationen und der Zivilgesellschaft zu führen.

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) und der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) stehen dank ihrer Mitglieder und deren Organisationen – im Falle des EWSA sind dies Organisationen der Zivilgesellschaft, im Falle des AdR lokale und regionale Gebietskörperschaften – in einem ständigen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern. Die beiden Ausschüsse verfügen über den Sachverstand, das Wissen und die Instrumente, die notwendig sind, um eine Brücke zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der Europäischen Union zu schlagen.

In den letzten Jahren haben sich die Organe und Einrichtungen der EU, darunter auch der EWSA und der AdR, verstärkt um mehr Bürgernähe bemüht. Sie haben eine Vielzahl an Dialogen, Konsultationen und ähnlichen Initiativen gestartet. Bei den 2018 von den Mitgliedstaaten abgehaltenen Bürgerkonsultationen und -dialogen wurde die Bevölkerung auch nach ihren Vorstellungen für die Zukunft Europas gefragt. Am 13./14. Dezember 2018 wird

dem Europäischen Rat ein Bericht über diese Initiativen vorgelegt, aus dem hervorgeht, dass sich viele Menschen eine bessere Einbindung in den EU-Beschlussfassungsprozess wünschen.

In den Dialogen und Konsultationen hat sich klar gezeigt, dass die Unionsbürgerinnen und -bürger, aber auch die gewählten Mandatsträger der lokalen und regionalen Ebene sowie die Vertreter der organisierten Zivilgesellschaft großes Interesse an der EU-Politik haben und sich stärker in die Gestaltung ihrer Zukunft einbringen wollen.

Es ist an der Zeit, die einzelnen Initiativen zu bündeln und sie wirksamer zur Gestaltung und Umsetzung der EU-Politik zu nutzen

Es ist an der Zeit, das aktive Interesse und die bisherigen Bemühungen stärker abzustimmen und mithilfe einer längerfristigen Strategie und eines Feedback-Mechanismus, in den sowohl die organisierte Zivilgesellschaft als auch die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften eingebunden sind, wirksamer zu gestalten.

Als Präsidenten der zwei beratenden Einrichtungen der EU, die die lokale und regionale sowie die Perspektive der Zivilgesellschaft vertreten, schlagen wir daher vor, die in unseren beiden Ausschüssen und in weiteren EU-Institutionen erworbenen Erfahrungen zu nutzen und zu diesem Zweck eine ständige strukturierte Konsultation mit den Bürgerinnen und Bürgern, Städten, Regionen und Organisationen der Zivilgesellschaft einzurichten.

Ziel einer solchen Konsultation wäre es,

- die demokratische Dimension der EU zu stärken, indem ein umfassendes Engagement der Bürgerinnen und Bürger, der organisierten Zivilgesellschaft sowie der Legislativ- und Exekutivorgane der lokalen und regionalen Ebene sichergestellt und gefördert wird;
- ein echtes Feedback zu den Maßnahmen der EU zu liefern, um deren Gestaltung und Umsetzung zu verbes-

Die Bürgernähe der EU stärken:**Plädoyer für einen ständigen EU-Mechanismus für strukturierte Bürgerkonsultationen und -dialoge****Vorschlag der Präsidenten des Europäischen Ausschusses der Regionen und des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses**

vom 14. Dezember 2018

- ern und einen Follow-up-Mechanismus einzurichten;
- alle EU-Institutionen sowie die gewählten Mandatsträger der lokalen und regionalen Ebene und die zivilgesellschaftlichen Organisationen, die eine Schlüsselrolle bei der Abhaltung dieser Dialoge und den Folgemaßnahmen spielen müssen, aktiv einzubeziehen.
- Sie sollte regelmäßig – ein Mal pro Jahr – durchgeführt werden.

Wir sind der Auffassung, dass sich die Organe und die beratenden Einrichtungen der EU im Hinblick auf eine ständige strukturierte EU-Bürgerkonsultation auf einen abgestimmten, kohärenten Ansatz einigen müssen, damit die Synergien und die Möglichkeiten zur wechselseitigen Ergänzung genutzt werden können und eine klare und eindeutige Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern sichergestellt ist.

Der Beitrag des EWSA und des AdR zu einem ständigen Dialogmechanismus

Der Beitrag des EWSA und des AdR bestünde in der Abhaltung lokaler Bürgerversammlungen sowie von Anhörungen unter Teilnahme gewählter Kommunal- und Regionalvertreter sowie von Vertretern der organisierten Zivilgesellschaft. Dabei würden selbstverständlich die in den letzten Jahren von den Ausschüssen zur Bürgerkonsultation entwickelten Instrumente und Verfahren im Rahmen eines koordinierten und auf Synergien abzielenden Prozesses umfassend genutzt. Auf diese Weise ließen sich Standpunkte zu neuen EU-Initiativen und Rechtsakten einholen, die sich auf die Städte und Regionen auswirken.

Dabei würden im Rahmen eines einjährigen Zyklus die Standpunkte der Bürgerinnen und Bürger, der gewählten Kommunal- und Regionalvertreter, der Sozialpartner und der Organisationen der Zivilgesellschaft eingeholt. Der Zyklus würde mit der Veröffentlichung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission im Herbst beginnen, aus dem Themen für die Konsultationen ausgewählt werden könnten.

Im ersten Halbjahr des Folgejahres würden Debatten abgehalten. Im Anschluss an die einzelnen Veranstaltungen

würden Berichte erarbeitet und Empfehlungen ausgesprochen. Die beiden Ausschüsse könnten nationale und europäische Verbände zu ihren Plenartagungen einladen, damit sich diese zu ausgewählten Themen äußern können.

EWSA und AdR würden im Herbst einen gemeinsamen Schlussbericht vorlegen, der den Präsidenten des Europäischen Rates, der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments anlässlich der Rede zur Lage der Union übermittelt wird.

Dieser Bericht ist als Unterstützung bei der Politikgestaltung gedacht und soll gewährleisten, dass die EU den Bedürfnissen und Erwartungen ihrer Bürgerinnen und Bürger durch entsprechende Maßnahmen besser gerecht wird. Es kommt ganz entscheidend darauf an, den Menschen zu zeigen, dass ihre Beiträge ernst genommen werden und tatsächlich in den Beschlussfassungs- und Politikgestaltungsprozess der EU einfließen.

Begleitend zu diesem ständigen Mechanismus für strukturierte Bürgerkonsultationen und -dialoge könnten folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- begleitende Kommunikationsmaßnahmen zur Dokumentation des Prozesses, wobei alle an die breite Öffentlichkeit gerichteten Kommunikations- und Konsultationstätigkeiten unter der gemeinsamen Marke „Europäische Union“ laufen sollten,
- Weiterbildung und Networking bei den Institutionen und Organisationen der lokalen, regionalen und europäischen Ebene,
- Einsetzung eines gemeinsamen Beratungsausschusses bestehend aus Fachleuten und Vertretern anerkannter Denkfabriken,
- Maßnahmen zur Bewertung der mit dem Prozess erzielten Wirkung aus der Außenperspektive heraus.

Wir schlagen vor, eine interinstitutionelle EU-Arbeitsgruppe einzusetzen, die gemeinsame Leitlinien und eine Vorgehensweise für die Einrichtung eines ständigen EU-Mechanismus für strukturierte Bürgerkonsultationen und -dialoge im nächsten institutionellen Zyklus der EU (2019-2024) festlegt.